

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags betreffend Novelle der Eisenbahnkreuzungsverordnung

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Eisenbahnkreuzungsverordnung dahingehend novelliert wird, dass die jeweiligen Übergangsfristen sowohl für die Begutachtung sämtlicher Eisenbahnkreuzungen als auch für die Umsetzung der daraus resultierenden technischen Sicherungsmaßnahmen verlängert werden.

Begründung

Die Sicherheit an Eisenbahnkreuzungen hat oberste Priorität. Unbestritten ist auch, dass gefährliche Bahnübergänge konsequent technisch abgesichert, oder wo es Sinn macht, auch aufgelassen werden. Die derzeit in Österreich geltende Eisenbahnkreuzungsverordnung verfolgt grundsätzlich dieses Ziel. Ein großes Problem sind jedoch die engen Überprüfungs- und Umsetzungsfristen, die in der Praxis kaum einzuhalten sind.

Kleine Eisenbahnunternehmen, Gemeinden und Behörden stehen vor großen Herausforderungen. Die Begutachtung sämtlicher Eisenbahnkreuzungen, die Durchführung der erforderlichen Behördenverfahren, die Planung konkreter Maßnahmen sowie die anschließende technische Sicherungsausrüstung erfordern viel Zeit, Fachpersonal und erhebliche finanzielle Mittel.

Daher ist eine Ausdehnung der Übergangsfristen sowohl für die Begutachtung aller Eisenbahnkreuzungen als auch für die Umsetzung der daraus resultierenden technischen Sicherheitsmaßnahmen erforderlich. Eine Verlängerung der vorgegebenen Fristen wäre ein Ausdruck praxisnaher Infrastrukturpolitik und würde den Behörden länger Zeit für Überprüfungen und den Eisenbahnunternehmen mehr Zeit für die Umsetzung geben.

Die unterzeichneten Abgeordneten sprechen sich daher für eine Novelle der Eisenbahnkreuzungsverordnung aus. Ziel muss eine Lösung sein, die hohe Sicherheitsstandards mit einer realistischen und finanzierbaren Umsetzung verbindet. Diese Verordnung muss ein Instrument sein, dass Sicherheit schafft, ohne Gemeinden, Behörden und Eisenbahnunternehmen mit unrealistischen Vorgaben zu überfordern.

Linz, am 28. September 2026

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Handlos, Klinger, Graf, Mahr, Fischer, Dim, Schießl, Hofmann, Kroiß, Gruber

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Angerlehner, Mühlbacher, Lengauer, Weber, Grünberger, Raffelsberger, Gschwandtner, Aspalter, Scheiblberger, Naderer, Stanek